

A N T R A G

der Abgeordneten Wiesinger, Hundsmüller, Rosenmaier, und Windholz, MSc

gemäß § 60 LGO

zum Antrag gemäß § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Hognl betreffend Perspektiven für die Land- und Forstwirtschaft (Ltg.-928-1/A-3/355-2020)

betreffend faire Bedingungen für Klein- und Mittelbetriebe in der Landwirtschaft im Sinne der Nachhaltigkeit

In der Landwirtschaft schließen österreichweit täglich rund neun Betriebe. Dieser Entwicklung ist massiv entgegenzuwirken und gilt es, die kleinstrukturierte Landwirtschaft nachhaltig zu stärken. Das Land Niederösterreich muss sich für die kleinen Bauern, die wirtschaftlich tagtäglich um ihr Überleben kämpfen müssen, einsetzen!

Insbesondere nachhaltige Landwirtschaft und das Zusammenspiel von Mensch und Natur, soll verstärkt in den Vordergrund treten.

Notwendige faire Bedingungen sowie Bezahlung für hochwertige Produkte sind dafür unabdingbar. Landwirte müssen für ökologisches, nachhaltiges und tiergerechtes Wirtschaften fair entlohnt werden – auch um den unentbehrlichen Beitrag für die Lebensqualität im ländlichen Raum – etwa mit der Pflege der Kulturlandschaft und dem damit verbundenen Schutz vor Naturgefahren, entsprechend zu würdigen. Das würde durch bezahlbare und dennoch verantwortungsvoll erzeugte und hochwertige Produkte auch den KonsumentInnen zu Gute kommen. Denn höhere Standards bei der Tierhaltung und im Anbau führen zu höherer Qualität und sollen auch zu höheren Preisen für die Produzenten führen.

So ist insbesondere eine Neubewertung der bestehenden Agrarförderungen unbedingt erforderlich. So wird derzeit der Großteil der Förderungen nach einem Flächenschlüssel vergeben: je größer der Betrieb, desto mehr Förderung erhält das Unternehmen. Diese Systematik beschleunigt jedoch den ohnehin stattfindenden Strukturwandel und die Verdrängung von Klein- und Mittelbetrieben in der Landwirtschaft immens. Die Bäuerinnen und Bauern haben aufgrund der

flächenabhängigen Förderung teilweise auch gar keine andere Möglichkeit, als den Betrieb zu vergrößern – wenn sie ihren Betrieb nicht aufgeben möchten.

Anstatt einer (bloßen) Flächenbindung sollten Agrarsubventionen daher künftig verstärkt an ökologische und soziale Kriterien wie etwa nachhaltige Produktion, Landschaftspflege, artgerechte Tierhaltung und regionale Vermarktung gekoppelt werden, um die gewünschten positiven Effekte für Klein- und Mittelbetriebe in der Landwirtschaft zu erzielen.

Bei Direktzahlungen sollte künftig ein Sockelbetrag für kleine und mittlere Betriebe vorgesehen werden, welcher eine solide Basis bildet und die Möglichkeit bietet, die notwendigen Investitionen in die Zukunft zu tätigen und auch bei Erfüllung der genannten Kriterien aufgestockt werden kann. Weiters sollte eine (faire) Obergrenze für Großbetriebe angedacht werden, um dem Wettlauf nach immer mehr Flächen pro Betrieb Einhalt zu gebieten.

Wir brauchen in Europa weiters ein Import-Verbot von gentechnisch veränderten Pflanzen, die bei uns beispielsweise als Futtermittel eingesetzt werden. Vor allem in Südamerika kommen hier bei der Produktion übermäßig viele Umweltgifte zum Einsatz, sogar solche, die in der EU verboten sind. Und dann importieren wir noch diese Produkte. Generell brauchen wir ein Umdenken beim Einsatz von Umweltgiften.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, im Sinne der Antragsbegründung

- A. im eigenen Wirkungsbereich dafür Sorge zu tragen sowie
- B. an die Bundesregierung heranzutreten

und darauf hinzuwirken, dass

1. das derzeitige Fördersystem in der Landwirtschaft dahingehend umgestellt wird, dass von der bestehenden Förderung nach Flächen abgegangen wird und in die Förderrichtlinien vermehrt Kriterien wie Nachhaltigkeit, Ökologie,

Landschaftspflege und artgerechte Tierhaltung einfließen, damit auch Klein- und Mittelbetriebe längerfristig abgesichert sind;

2. Regionalität und biologische Landwirtschaft bei der Beschaffung von Lebensmitteln durch die öffentliche Hand forciert wird;
3. Konsumentinnen und Konsumenten hinsichtlich des Wertes von hochqualitativen, gesunden heimischen nachhaltig erzeugten Lebensmitteln informiert und sensibilisiert werden, um eine breite Zusammenarbeit von Erzeuger und Verbraucher zu erhalten;
4. auf europäischer Ebene dafür gesorgt wird, dass der Import von (gentechnisch veränderten und) mit übermäßigem Einsatz von Pestiziden behandelten Futtermitteln aus Übersee gestoppt wird.